

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

6.9.1928 (No. 208)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B.
C. A. Seyfried
Karlsruhe

Wegzugspreis: Monatlich 2.25 RM, einsech. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Kpf. — Samstags 15 Kpf. — Anzeigengebühr 14 Kpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche. Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche. Die Zeitung versendet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und die Zeitung verpflichtet, in irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515. Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volkszeitung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Um die Rheinlandräumung

Müller bei Briand

Die angekündigte Besprechung zwischen dem Reichskanzler Hermann Müller und dem französischen Reichsaußenminister Briand hat Mittwoch abend im Sitz der französischen Delegation in Genf stattgefunden. Reichskanzler Hermann Müller war von dem Dolmetscher der deutschen Delegation Dr. Schmidt begleitet. Die Unterredung dauerte von 6.30—8 Uhr. Die deutsche Delegation ist sofort nach der Rückkehr des Reichskanzlers zu einer Sitzung zusammengetreten.

Ein Kommissariat über die Unterredung ist nicht ausgegeben worden. In den Kreisen der deutschen Delegation wird verlautet, daß der Gegenstand der Besprechungen die Rheinlandräumung betraf. Die Besprechungen hatten der Natur nach noch vorbereitenden Charakter. Es besteht beiderseits der Wunsch, daß weitere Besprechungen mit den Besatzungsmächten in Genf folgen sollen.

Kein deutsches Memorandum zur Räumungsfrage

Wien, 6. Sept. (Tel.) In der französischen Presse wird von einer Note oder einem Memorandum gesprochen, worin die Reichsregierung ihre konkreten Vorschläge zur Frage der Rheinlandräumung niedergelegt habe. Wie wir erfahren, ist diese Annahme falsch; weder eine Note noch ein Memorandum liegt vor. Vielmehr wird darauf hingewiesen, daß derartige Festlegungen gar nicht dem losen Charakter der jetzigen Besprechungen und der Verhandlungen entsprechen würden, die sich nun in Genf entwickeln und aus denen sich erst eine Basis für die Lösung des Problems ergeben muß. Der Termin der nächsten Besprechung ist übrigens noch nicht festgesetzt. Man rechnet damit, daß sie heute abend oder morgen stattfindet. Zunächst aber wird sich Briand, wie ja aus Genf gemeldet wurde, mit den übrigen Mächten der Besatzungsmächte in Verbindung setzen.

Ebenso wird der weitere Verlauf eines Genfer Blattes, die Verknüpfung des Räumungsproblems mit einer teilweisen Mobilisierung der Bonds aus dem Dawes-Plan, zurückgewiesen, da es sich um einen reinen Rechtsanspruch handelt, für den Deutschland alle Voraussetzungen erfüllt hat.

Französische Meldungen

Wien, 6. Sept. (Tel.) Der Savas-Korrespondent in Genf berichtet: In den französischen Kreisen hat die Unterredung einen guten Eindruck hervorgerufen, da der Reichskanzler die der Entwidlung der deutsch-französischen Beziehungen günstige Einstellung zeigte, die man von ihm erwartete. Der Sonderberichterstatter stellt die Frage, ob der Reichskanzler Vorschläge gemacht habe und bemerkt, gebe es außer der Frage der Mobilisierung der Dawes-Anleihe nicht noch andere Möglichkeiten? In Verbindung damit wird von einer zeitlichen Beschränkung der Kontrolle des Rheinlandes, die auf das gesamte, von den Locarno-Verträgen gesicherte Gebiet ausgedehnt werde, gesprochen.

Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ glaubt aus dem, was er erfahren hat, schließen zu können, daß Briand die Verhandlungen mit dem Reichskanzler über die Rheinlandräumung aufgenommen hat und daß namentlich die anderen interessierten Mächte beteiligt werden sollen. Er erklärt, im August 1928 habe man gesagt, keine Räumung, wenn nicht im Rahmen einer allgemeinen Regelung der Schuldenfrage. Er sei nicht sicher, daß diese Frage noch vorherrsche; denn in letzter Linie würde Lord Curzon mit Baldwin, der sich in Vies-Bains aufhalte, am Samstag oder Sonntag eine Unterredung haben, bei der diese Frage entschieden werden würde.

„Times“ über die Räumungsfrage

Wien, 6. Sept. (Tel.) „Times“ berichtet aus Genf: Zweifellos lasse im gegenwärtigen Augenblick die Verantwortlichkeit der deutsch-französischen Beziehungen in Genf manches zu wünschen übrig. Es bestehe auf jeden Fall in Genf eine kleine Absonderung zwischen der deutschen Delegation auf der einen Seite und der französischen und britischen auf der anderen, wie sie seit langer Zeit nicht bemerkbar gewesen sei. Eine Angelegenheit, die unverhältnismäßig an den Deutschen zu liegen scheint, seien die militärischen Manöver, die jetzt im Rheinland stattfinden. Die Tatsache, daß da ein britisches Kavallerieregiment mit dem französischen Heer zusammenwirke, werde aufgefauft. Der wirkliche Grund der Vertimmung sei natürlich, daß überhaupt noch jetzt, zehn Jahre nach Ende des Krieges, Manöver fremder Truppen auf deutschem Boden stattfinden. Diese Tatsache werde als unvereinbar angesehen mit der Politik von Locarno, mit den Besprechungen von Hoiby, mit dem Kellogg-Pakt und mit der engen Zusammenarbeit in Genf. Selbst in gemäßigten und verantwortlichen deutschen Kreisen in Genf werde geltend gemacht, daß die Befriedigungspolitik gefährdet sei. Die französisch-britische Flottenvereinbarung werde als weiterer Beweis für die deutsche Auffassung angeführt, daß die Politik der vormaligen Alliierten sich eher auf die Kriegsgemeinschaft gründe als auf die Grundzüge von Locarno. Diese Befürchtung und dieser Argwohn seien natürlich übertrieben, jedoch kein sehr glänzender Hintergrund für eine ernste Erörterung der Möglichkeit der Erzielung einer Vereinbarung über die Räumung der zweiten und dritten Zone vor Ablauf der im Versailles Vertrag vorgesehenen Periode.

Die Besetzung Bokanowitsch, des bei der Flugzeugkatastrophe bei Toul ums Leben gekommenen französischen Handelsministers, fand am Mittwoch vormittag auf dem Friedhof Mont-Marie in Paris statt.

Letzte Nachrichten

Seipel über seine Genfer Reise

Wien, 6. Sept. (Tel.) Das „Neue Wiener Tagblatt“ veröffentlicht Mitteilungen des Bundeskanzlers Seipel über seine Genfer Mission. Seipel sagte: Meine Bemühungen sind eher darauf gerichtet, die technischen und bürokratischen Schwierigkeiten, welche der Aufnahme einer Anleihe in Amerika noch hindernd im Wege stehen, zu beheben. Abzurufen ist die auf dem Umwege über die „New York Times“ auch in die deutsche Presse gelangte Version, ich hätte Briand bestimmen wollen, gegen den Anschlag vorzugehen. Eine solche Kombination kann nicht ernst genommen werden. Meine lange Unterredung mit dem deutschen Reichskanzler war sehr herzlich. Wir bedurften keines Dolmetschers und verließen uns auch sonst schnell. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß sich der deutsche Kanzler sehr rasch in die Genfer Materie eingearbeitet hat.

Reise des Reichspräsidenten nach Ostpreußen

Berlin, 6. Sept. (Tel.) Der Reichspräsident begibt sich heute abend mit dem fahrplanmäßigen Zuge nach Weichselnes Gutes Ruedes (Kreis Moysenberg) nach Ostpreußen. Der Aufenthalt in Ostpreußen, der keinerlei offiziellen Charakter hat, wird etwa eine Woche dauern.

Die Gerüchte über Lord Birkenheads Rücktritt

London, 6. Sept. (Tel.) „Morning Post“ rechnet nach wie vor damit, daß Lord Birkenhead bald nach Rückkehr des Königs von seiner Herbstreise zurücktritt und eine Stellung in einem großen Zeitungstonnen übernehmen wird. Sein Nachfolger werde vielleicht Lord Peel sein.

Die Ergänzung des französischen Kabinetts

Paris, 6. Sept. (Tel.) „Avenir“ will berichten können, daß Arbeitsminister Loucheur die Leitung des Handelsministeriums und der Post-, Telegraphen- und Telefonverwaltung übernehmen und daß Staatssekretär Oberkirch, der die Hygieneabteilung des Arbeitsministeriums leitet, Nachfolger Loucheurs im Arbeitsministerium werden werde.

Nachklänge zur Flugzeugkatastrophe in Toul

Paris, 6. Sept. (Tel.) Zu der Flugzeugkatastrophe in Toul, der Minister Bokanowitsch zum Opfer gefallen ist, erklärt der „Matin“: Die öffentliche Meinung will wissen, ob das Unglück dem Schicksal auf die Rechnung gesetzt werden muß, oder ob eine Verantwortlichkeit in Frage kommt. In den Wendebögen des Parlaments und in Luftschiffkreisen sind beunruhigende Gerüchte im Umlauf. So erklärt man, das verunglückte Flugzeug sei ein „alter Kasten“ gewesen, den man schlecht und recht insand gesetzt hätte. Dürfen einem solchen Apparat ohne Gefahr fünf Passagiere zur Beförderung anvertraut werden? Wenn es stimmt, daß die Insassen auf einer Seite sich zusammendrängen mußten und daß der Apparat nur schlecht im Gleichgewicht war — konnte man das nicht rechtzeitig feststellen? Wenn diese Behauptungen richtig sind, würden die, die das Flugzeug starten ließen, verantwortlich sein.

Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ spricht von der Notwendigkeit der Reorganisation der französischen Luftschiffahrt. Es stellt fest, daß seit 1920 über sechs Milliarden Franken für das Flugwesen ausgegeben wurden und zwar 4,651 Milliarden für die Militärluftschiffahrt und 1,338 Milliarden für die Verkehrsfliegerei. Und das Ergebnis? — fragt das Blatt —: ungenügendes Material und eine fast ununterbrochene Reihe von Katastrophen.

Die Anmeldungen zum Kellogg-Pakt. Die rumänische Gesandtschaft hat den Beitritt Rumaniens zum Kellogg-Pakt angemeldet. Etland und die Türkei haben das Washingtoner Staatsdepartement von ihrer Absicht, dem Pakte beizutreten, in Kenntnis gesetzt. Auch die nationalitistische Regierung in Kanton beschloß den Beitritt zum Kellogg-Pakt. — Auf die von Washington ausgehenden Einladungen haben bisher folgende Länder noch nicht geantwortet: Afghanistan, Albanien, Chile, China, Ecuador, Guatemala, Honduras, Island, Kolumbien, Litauen, Nicaragua, Persien, San Salvador, Siam und Ungarn.

Die rechtsrheinische Uferstraße. Von sämtlichen Fraktionen des Preussischen Landtages ist ein Antrag eingebracht worden, der verlangt, daß für den Ausbau der rechtsrheinischen Rheinuferstraße erstmalig für das Etatsjahr 1928/29 ein Betrag von 400 000 RM bereitgestellt wird.

Der Kuffelsheimer Rangierbahnhof. Die Meldung, daß die französische Besatzungsbehörde nunmehr ihren Einspruch gegen den Anschluß des neuen Opel-Güterbahnhofes an die Reichsbahnstation Kuffelsheim endgültig zurückgezogen habe, und daß mit den Anschlussarbeiten bereits begonnen worden sei, wird jetzt als unzutreffend bezeichnet.

Luftverkehrsunsfallstatistik. Anlässlich einer Kritik im „Vorwärts“ über die Luftverkehrsunsfallstatistik wird mitgeteilt, daß Deutschland sowohl für das Jahr 1928 als auch nachträglich für die bisherigen Verkehrsjahre eine Statistik aufstellen wird, die nicht nur die Unfälle zählt, sondern auch die dabei getöteten und verletzten Personen.

Verpflichtung in Kiel. Auf der Germania-Werft in Kiel sind die Schneidereiarbeiter in den Streik getreten. Eine von ihnen gestellte Lohnforderung und das Verlangen nach einer besseren Befestigung mit Schutzkleidung war abgewiesen worden.

Die Heidelberger Tagung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände

Die Mission der deutschen Presse im Kampfe gegen Versailles

Am dritten Verhandlungstag der Pressekonferenz des Arbeitsausschusses der Deutschen Verbände in Heidelberg vertrat sich Ministerialdirektor z. D. Dr. Spieder über das Thema „Die deutsche Presse und der Kampf gegen Versailles“. Seine Ausführungen lassen sich wie folgt skizzieren:

Die Presse eines Volkes gibt seinen Puls- und Herzschlag wieder. Unsere Presse ist allezeit Kämpferin des Kampfes um und gegen Versailles gewesen. Sie hat darin immer ihre Pflicht getan. Wenn ihr aber — was richtig und notwendig ist — die selbstverantwortliche Aufgabe und Pflicht politischer Führung neben Regierung und Parlament zufällt, müsse sie auch im Interesse des Friedens den Kampf gegen Versailles führen. Dieser Kampf ist für uns selbstverständlich ein Kampf um deutsches Recht und deutsche Lebensnotwendigkeiten, aber er ist viel mehr, was er ist, ist ein Kampf für den Frieden Europas, den Frieden der Welt.

Eine Zeitung, die eine Regierung nur bekämpft, um sie zu verärgern, ihr Schwierigkeiten zu bereiten, dem Volke Hoffnungen vorgaukelt, die zu erfüllen die oppositionelle Kraft nicht ausreicht, verläßt sich an ihrer Aufgabe und am Volke. Die deutsche Presse kämpft daher für die Wiederherstellung der deutschen Souveränität, für vernünftige Grenzen im Osten, für die Rechte der deutschen Minderheiten und für das Selbstbestimmungsrecht auch des deutschen Volkes. Sie kämpft für eine vernünftige Lösung der reparationspolitischen Probleme und hält das Schweigen gegen die Beschuldigung des Artikels 231 (Alleinschuld Deutschlands am Kriege) für unvereinbar mit ihrer Gewissenspflicht.

Der Kampf gegen die Kriegsschuldfrage ist ein Kampf für die nackte Wahrheit und dieser soll nicht durch politische Zielsetzungen erschwert werden. Darum obliegt dieser Aufgabe, diesen Kampf um die Wiederherstellung der deutschen Ehre zu führen, auch mehr der Presse, dem Organ der Öffentlichkeit und der Regierung. Der Kampf gegen alle die drüden Bestimmungungen des Versailler Vertrages ist keine zerstörende, sondern aufbauende Arbeit. Unsere Presse wird diesen Kampf um so mehr erfolgreicher führen können, je mehr sie sich ihrer Bedeutung und Verantwortung bewußt wird, und in dieser Erkenntnis sich in gegenseitiger Achtung und Toleranz in Reich und Glied stellt, und dadurch das In- und Ausland auch zur Achtung vor ihr zwingt. (Beifall).

Chefredakteur Gornsdach von der „Kölnischen Volkszeitung“ sprach ebenfalls über die Aufgaben der Presse im Kampfe gegen Versailles.

In diesem Kampfe mühten sich alle deutschen Kreise, so führte der Redner aus, immer näher kommen, denn durch das Versailler Diktat sollte uns Deutschen der Weg zur nationalen Einheit veramtet werden. Es ist schwer und zugleich recht undankbar, dem deutschen Volke zu sagen, daß kein Pfennig der Reparationsforderungen abgezogen werde, wenn auch der Paragraph der Schuldfrage fällt. Wir müssen bezahlen, weil wir verloren haben. Ich bin nicht Monarchist, ich halte es aber weder für richtig noch für nützlich, den früheren Kaiser oder diesen oder jenen Politiker des kaiserlichen Deutschlands als Trottel hinzustellen. Von organisierten Verbündungen ist gar nichts zu halten. In diesem Punkt vor allem muß das deutsche Volk vor neuen Enttäuschungen bewahrt werden. Die Forderung auf Räumung ist schon aus sittlichen und moralischen Gründen zu erheben. Die Befragung ist ein Anschlag auf die Zivilisation. Daher müsse man jetzt in Genf mit allem Nachdruck und mit stärkstem Pathos die Räumung fordern. Die fremde Besatzung ist der Schild, hinter dem die Träger der französischen Rheinlandpolitik stehen. Wir wollen kein Tauschgeschäft, sondern nur unser Recht. (Starker Beifall).

In einer sich anschließenden Aussprache betonte Dr. von Dyrhauser wie Prof. Kaab, den deutschen Rechtsanspruch auf Räumung des besetzten Gebietes. Prof. Görtke betonte, wenn wir durch Gegengeschäfte die Räumung herbeiführen wünsch, so geben wir unser moralisches Recht auf sofortige Räumung aus der Hand. Prof. Rommelen wies darauf hin, daß der Kampf um den Artikel 231 um seiner selbst willen geführt werden müsse; ihn mit der Forderung nach Herabsetzung unserer Zahlungen zu verquicken, sei falsch.

Eine Kundgebung gegen die Kriegsschuldfrage

Hd. Heidelberg, 5. Sept. Einen wirkungsvollen Abschluß fand am Mittwochabend die Tagung Deutscher Verbände mit einer großen vaterländischen Kundgebung, die sich in ihrem Grundcharakter gegen die Kriegsschuldfrage richtete. In dem Hofe des Heidelberger Schlosses hatte sich eine nach Tausenden zählende Menschenmenge eingefunden, zu der der Präsident des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände, Reichstagsmitglied Gouverneur z. D. Dr. Schner, über

Deutschland und die Weltmeinung

sprach. Die Ausführungen des Redners kennzeichneten einleitend die umfangreiche Propaganda der Ententestaaten während des Krieges gegen Deutschland, womit erreicht worden sei, daß eine ständig wachsende Zahl von Nationen Deutschland als Angreifer und Störenfriede ansahen. Nach dem deutschen Zusammenbruch sei dann die Kriegsschuldfrage im Versailler Diktat festgelegt und zum Gegenstand der ungeheuerlichsten Friedensbedingungen gemacht worden. In Wirklichkeit aber sei Deutschland jederzeit ein friedliebendes Volk gewesen und habe niemals daran gedacht, andere Völker zu überfallen. Gewiß seien in der deutschen Politik erhebliche Fehler gemacht worden, doch keineswegs dadurch der Weltkrieg hervorgerufen worden.

Die Anschuldigungen gegen Deutschland sind durch die große deutsche Meinungsäußerung und andere Veröffentlichungen in Deutschland und anderen Ländern widerlegt worden, wie die objektive Wissenschaft im In- und Auslande jetzt auch anerkennt. Trotzdem gebe es auch heute noch manche Staatsmänner in anderen Ländern, von denen solche, die selbst eine verwerfliche Rolle beim Ausbruch des Weltkrieges gespielt haben, die in der Hauptsache an Deutschlands Kriegsschuld festhalten. Auch die ausländische Presse ist zum großen Teil noch immer weit davon entfernt, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Kriegsforschung anzuerkennen und ihre Haltung in der Kriegsschuldfrage zu ändern. Dazu kommt, daß die Legenden über deutsche Kriegsgreuel in manchen Ländern noch heute vielfach geglaubt werden.

In der Abwehr aller dieser Beschuldigungen muß Deutschland einmütig zusammenstehen. Genügend Material, so betont der Redner, ist veröffentlicht worden, aus dem sich die Gattlosigkeit jener gegen Deutschland und gegen das deutsche Volk verbreiteten Lüge unabweisbar ergibt. Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände bemüht sich in steter Arbeit, die Kenntnis dieses Materials im In- und Auslande zu verbreiten und der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Dabei ist er ganz besonders auf die Mitwirkung der deutschen Presse angewiesen, und die Zeitungen aller Parteirichtungen sind berufen, in dieser, das ganze deutsche Volk gemeinsam angehenden Angelegenheit mitzuarbeiten. Es handle sich darum, das zerstörende Gift der Kriegsschuldfrage zu beseitigen, das jeder nahen Verständigung zwischen den Nationen entgegensteht. Für uns geht es dabei um die Wiedergewinnung der Freiheit unseres Vaterlandes und der Gleichheit und Gleichberechtigung des deutschen Volkes im Kreise der Nationen. Dies zu erlangen, muß das Ziel aller Deutschen sein. Der Redner schloß seine mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit einem Hochruf auf Deutschland, das einen stürmischen Widerhall bei der unüberschaubaren Menschenmenge fand. Das mit großer Begeisterung gemeinsam gesungene Deutschlandlied beschloß die Kundgebung, die durch die aufflammende Innenbeleuchtung des Schloßhofes einen wirkungsvollen Abschluß gewann.

Die Teilnehmer an der Pressekonferenz verammelten sich sodann zu einem Kellerefest am Perlehof.

Um Den Panzerkreuzer

In den nächsten Tagen wird das Reichskabinett den Vorschlag des Reichsinnenministers beraten, das kommunistische Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau zuzulassen. Die Zulassung wird aller Voraussicht nach beschlossen und diese Entscheidung veröffentlicht werden. Vierzehn Tage nach der Veröffentlichung wird dann die Auslegung der Listen für die Namensentragung beginnen. Die Listen werden zwei Wochen lang zu diesem Zweck ausgelegt werden.

Notwendig ist die Aufbringung von 4,1 Millionen Stimmen, das heißt ein Zehntel der Stimmberechtigten bei der letzten Reichstagswahl. Die kommunistische Partei hatte bei der letzten Reichstagswahl 3,2 Millionen Stimmen erreicht. Sie muß also bei dem Volksbegehren noch eine Anzahl von Stimmen hinzugewinnen.

Man erwartet, daß das Volksbegehren durchgeht. Dann würde die Reichsregierung die Aufgabe haben, den kommunistischen Gesetzentwurf dem Reichstag zuzuleiten. Die weitere Entwicklung gibt verschiedene Möglichkeiten. Der Reichstag kann das Gesetz annehmen, ablehnen oder abändern. Eine Annahme kommt natürlich im Reichstag nicht in Betracht. Bei der Ablehnung würde der kommunistische Gesetzentwurf zum Volksentscheid gestellt werden. Im Falle einer Abänderung müßten beide Gesetze, also das kommunistische wie das Reichstagsgesetz, dem Volksentscheid unterworfen werden. Bei dem Volksentscheid für das Volksbegehren, also dem kommunistischen Entwurf, ist die Teilnahme von 50 Prozent aller Stimmberechtigten bei den letzten Reichstagswahlen erforderlich, damit der Volksentscheid Gültigkeit hat. Für einen etwaigen Abänderungsantrag des Reichstags ist dagegen eine qualifizierte Mehrheit nicht vorgeschrieben. Ein solcher Gesetzentwurf bedürfte, um gültig zu werden, nur einer einfachen Mehrheit der Teilnehmenden.

Nicht ohne Bedeutung ist an der ganzen Angelegenheit die Kostenfrage. Bei dem Volksbegehren über die Fürstentümernung beliefen sich die Reichskosten für das Volksbegehren auf 758 000 M., bei dem Volksentscheid über die gleiche Frage betragen die Reichskosten 1 978 000 M. Damit wären aber nicht die Gesamtkosten gedeckt, da das Reich den Gemeinden nur ein Fünftel ihrer Kosten ersetzt.

Der Vorstand der demokratischen Partei für Berlin besaßte sich im Beisein des Reichsjustizministers Koch-Beser mit den politischen Vorgängen der letzten Zeit. Ein Antrag, der Vorstand möge sein Verhalten darüber aussprechen, daß auch die demokratischen Minister für den Panzerkreuzerbau gestimmt haben, wurde mit übergroßer Mehrheit abgelehnt, ebenso ein Antrag, gegen spätere weitere Bewilligungen für den Schiffsbau. Der Vorstand schloß sich den Darlegungen des Ministers noch an, daß die Demokraten im Kabinett nicht gegen den Panzerkreuzerbau stimmen konnten, nachdem die Sozialdemokraten sich dafür erklärt hätten. Bei aller Abneigung gegen militärische Rüstungen hätte eine Ablehnung der Demokraten zu einer Krise führen müssen, die die Gefahr einer erneuten ausschlaggebenden Einflusnahme der Reichsparteien auf die Regierungsgeschäfte mit sich gebracht hätte.

Die Untersuchung gegen Hugo Stinnes jun.

Die Untersuchung gegen Hugo Stinnes jr. wird einer Korrespondenzmeldung zufolge, mindestens noch 6 bis 7 Tage weitergeführt werden. Es hat sich die Vernehmung weiterer Zeugen als notwendig erwiesen. Neben der Untersuchung gegen Stinnes läuft jetzt als Zwischenstück ein zweites Verfahren. Es besteht nämlich der Verdacht, daß ein bestimmter Personenkreis, von dem, was im Zimmer des Untersuchungsrichters Dr. Brühl, zwischen diesem, dem Angeklagten und den vernommenen Zeugen gesprochen worden ist, Kenntnis erhielt. Die Behörden sind bemüht, alle Verdachtsmomente zusammenzutragen und weitere Indiskretionen zu verhindern. Der Verdacht richtet sich, der „Voss. Ztg.“ zufolge, gegen die bisherige Sekretärin des Untersuchungsrichters. Nach weiteren Meldungen haben die von Hugo Stinnes während seines mehrtägigen Verhörs vor dem Untersuchungsrichter gemachten Angaben der ganzen Betrugsaffäre mit Ausnahme von Kriegsanleihen ein neues Bild gegeben. Es steht jetzt schon fest, daß die Gruppe der bisher beschuldigten Personen wohl nur zu den kleinen Sündern gezählt werden kann. Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß eine Reihe von Banken und Bankhäusern, die sowohl im Auslande, besonders in Frankreich, Rumänien und Holland, aber auch in Deutschland ihren Sitz haben, an den Manövern mit dem Mißbehalt der Kriegsanleihen nicht unbeteiligt ist. Die Untersuchung ist so weit fortgeschritten, daß man für die nächsten Tage nach dieser Richtung hin Überraschungen erwarten darf.

Die Völkerbundsversammlung

Eröffnung der Generaldebatte

In der Mittwochvormittagssitzung der Völkerbundsversammlung in Genf konnte nach dem am Dienstag vergeblichen Versuch des Präsidenten mit der Generaldebatte begonnen werden, die voraussichtlich die ganze Woche ausfüllen wird.

Die Debatte wurde von dem Führer der chinesischen Delegation, Wangsingth, dem Gesandten in Brüssel, eröffnet, dem der holländische Außenminister Beelaerts und der frühere schwedische Außenminister Uden folgten. Der englische Dichter Bernhard Shaw wohnte auf einem Ehrenplatz zum ersten Male einer Sitzung der Völkerbundsversammlung bei.

Der chinesische Hauptdelegierte führte aus, die chinesische Regierung habe keinen lebhafteren Wunsch, als an der Friedensarbeit des Völkerbundes immer enger mitzuwirken. Allerdings müßten noch einige Änderungen in unseren wirtschaftlichen Beziehungen mit gewissen ausländischen Mächten erfolgen. Die westlichen Länder werden in China ein ungeheures Tätigkeitsfeld finden. Ich bleibe der Überzeugung, daß auf dem Wege über den Völkerbund zwischen dem Osten und dem Abendland ein Boden der Verständigung und Zusammenarbeit gefunden werden kann.

Der holländische Minister des Äußern Beelaerts begrüßte die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes. Auch das Zustandekommen des englisch-französischen Kompromisses über die Seeabriegelung werde einen glücklichen Einfluß auf den Fortgang der Abrüstungsarbeiten ausüben. Der Redner setzte sich für die Errichtung eines ständigen Völkerbundsgerichtshofes für Widerstreitfragen ein.

Der frühere schwedische Außenminister Uden behandelte fast ausschließlich das Abrüstungsproblem. In jedem Jahre seien neue Hemmungen festzustellen, und in jedem Jahre höre man mehr Einwendungen gegen die Verwirklichung der Abrüstung. Die Versammlung verlagte sich hierauf auf Donnerstag.

Der Katholikentag in Magdeburg

Der deutsche Katholikentag in Magdeburg wurde am Mittwoch mit einem Begrüßungsabend eingeleitet, auf dem der päpstliche Nuntius Pacelli über die katholische Aktion sprach.

Er führte nach einem Hinweis darauf, daß die diesjährige Veranstaltung in einem der größten Zentren der deutschen katholischen Diaspora stattfinde, u. a. aus: Die katholische Aktion soll nach der Idee unseres Heiligen Vaters sein: Teilnahme der Laien des hierarchischen Apoptolates. Die katholische Aktion kennt keine allgemein gültige äußere Form. Sie schafft sich ihre Form nach der jeweiligen Lage der Länder und Völker, freilich immer in bewährter grundsätzlicher Einordnung in die hierarchische Gliederung. Was die katholische Aktion vor allen anderen dem ganzen Jellenbau des katholischen Lebens geben will ist das, was ich befehle: katholisches Selbstbewußtsein, katholische Grundhaltungen, einheitliches katholisches Denken, Wollen und Wirken. Die katholische Aktion wird den Katholiken in rein politischen und rein wirtschaftlichen Fragen keine bestimmte Anschauung aufzwingen. Aber eines will sie erreichen und muß sie erreichen: dem katholischen Volke Führer geben, die überall da, wo Kulturwirtschaft und Politik das Gebiet des Religiösen und Sittlichen berühren, klar und sicher auf dem Boden der katholischen Weltanschauung stehen. Weit entfernt die Katholiken zu trennen und zu spalten, wird sie deshalb vielmehr da, wo die katholischen Interessen es verlangen, zusammenzuführen und Einheitlichkeit schaffen.

Dann sprach der Baderborner Bischof Dr. Caspar Klein. Oberbürgermeister Weims überbrachte die Grüße des Magistrats der Stadt Magdeburg. Namens der Staatsregierung und der Provinz Sachsen sprach Oberpräsident Wacnina. Die erste Programmrede hielt Universitätsprofessor Dr. Steffes, Minister i. B., über das Thema: „Die katholische Kirche im geistigen Leben der Gegenwart“. Die von großer Begeisterung getragene Begrüßungsversammlung war umrahmt von Orgel- und Gesangsvorträgen.

Das Arbeitschutzgesetz

Im Reichsarbeitsministerium steht die Frage des Arbeitschutzgesetzes erneut im Vordergrund. Der jüngste Entwurf liegt bekanntlich der Reichsregierung vor. Laut „V. Z.“ sollen bald nach der Rückkehr des Kanzlers aus Genf die Beratungen beginnen, auf deren schleunige Erledigung Reichsarbeitsminister Wiffel Wert legt. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts dürften verlangen, daß die Bestimmungen über den Achtstundentag klarer und schärfer gefaßt werden. Ihre Bemühungen werden vornehmlich auf Erreichung der vielen Ausnahmebestimmungen zielen. In der Frage der Arbeitsaufsicht werden sie Verreichlichung und Zentralisierung verlangen.

Zusammenlegung von Reichswehrgarnisonen

Auf eine Anfrage des Reichstädtetages betreffend die Zusammenlegung von Reichswehrgarnisonen hat Reichswehrminister Dr. Gröner eine Antwort erteilt, in der es der „Voss. Ztg.“ zufolge u. a. heißt: Die bisherige Verteilung der Truppen kann nicht als zweckmäßig angesehen werden. Aus militärischen Gründen ist eine Zusammenlegung getrennt liegender Truppenteile unvermeidlich, die ihrerseits eine Verminderung der Standorte zur Folge hat. Aus diesem Grunde müssen einer Anzahl von Städten die Truppen entzogen werden. Daß dadurch in der Wehrzahl kleinere Städte betroffen werden, hat seinen Grund darin, daß dort die Kasernen und sonstigen Standorteinrichtungen den Anforderungen nicht genügen. Die Härten sollen dadurch etwas gemildert werden, daß die Truppenzusammenlegungen auf mehrere Jahre verteilt werden. Den Städten soll ferner die Wegnahme der Truppen zeitig mitgeteilt werden, so daß sie rechtzeitig den wirtschaftlichen Nachteilen entgegenwirken können.

Aufklärung im Fall Jakubowski

Nachdem die neu eingeleitete Voruntersuchung gegen August Rogens und Genossen (Fall Jakubowski) zu einem gewissen Abschluß gekommen ist, fand, wie die „Landeszeitung“ für beide Weckelburg meldet, am Mittwoch in Neustrelitz beim Staatsminister Frhen. v. Reibitz eine Besprechung statt, an der Polizeibizepräsident Dr. Weiß, Berlin, Kriminalrat Genat, Berlin, und der Weimarer Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Gumbt, teilnahmen. Als Ergebnis der Besprechung kann folgendes mitgeteilt werden: Wie von Kriminalrat Genat, dem Leiter der Berliner Mordinpektion, und dem Weimarer Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Gumbt, gemeinsam angefertigten umfassenden Ermittlungen lassen keinen Zweifel daran, daß Ewald Rogens von dem später deshalb hingerichteten Josef Jakubowski ermordet worden ist und zwar unter Mitwirkung des damals 15jährigen Fritz Rogens. Fritz Rogens ist inzwischen verhaftet worden.

Steuerermäßigung beim Unterhalt mittellose Angehöriger

Ein Steuerpflichtiger, der auf Grund gesetzlicher oder sittlicher Verpflichtung mittellose Angehörige zu unterhalten hat und dadurch in seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigt wird, kann eine Ermäßigung seiner Einkommensteuer beanspruchen. Der Begriff der Mittellosigkeit war aber bisher sehr vielfach umstritten. Nach Mitteilung der Deutschen Beamtenbundkorrespondenz wird in einem Urteil des Reichsfinanzhofs — VI A 850/27 — ausgeführt, daß Mittellosigkeit nicht identisch sei mit Erwerbsunfähigkeit. In dem Urteil heißt es:

Die Erwerbsfähigkeit schließt die Mittellosigkeit keineswegs aus, wenn entweder keine Gelegenheit zum Erwerb vorhanden ist, oder die Tätigkeit im Geschäft eines Dritten ohne weiteres Entgelt und nur gegen Unterhaltsgewährung geleistet wird. Entscheidend ist vielmehr, daß die Angehörigen — die übrigens gar nicht zum Haushalt des Steuerpflichtigen zu gehören brauchen — keine Einkünfte beziehen und kein Vermögen zur Bestreitung des eigenen Lebensunterhalts besitzen. Die Ermäßigungsvorschrift soll sogar auch dann anwendbar sein, wenn die Einkünfte des unterstützten oder zu unterstützenden Angehörigen so gering sind, daß sein vorhandenes Vermögen zur Bestreitung des Lebensunterhalts in kurzer Zeit aufgebraucht sein müßte. Das Wort „mittellos“ ist also im steuerrechtlichen Sinne nicht wörtlich zu nehmen.

Die weltanschauliche Gliederung der Reichstagsabgeordneten

Nach dem soeben erschienenen Reichstagshandbuch gehören die Reichstagsabgeordneten folgenden Bekenntnissen an:

Sozialdemokraten	Prof. Kath.	Diffid.	Juden	Unbek.
12	5	104	2	29
Deutschnationale	70	7	—	—
Zentrum	—	61	—	—
Kommunisten	—	—	45	—
Deutsche Volkspartei	42	4	—	9
Demokraten	20	3	—	—
Wirtschaftspartei	14	6	—	2
Bayerische Volkspartei	—	17	—	3
Nationalsoz.	7	5	—	—
Christl.-Nat.-Bauernpart.	9	1	—	—
Deutsche Bauernpartei	1	7	—	—
Deutsch-Hannoveraner	3	—	—	—
Aufwärtler	2	—	—	—

Im neuen Reichstag sitzen demnach 180 Protestanten, 116 Katholiken, 149 Diffidenten und 4 Israeliten. 41 Abgeordnete haben ihr Bekenntnis nicht angegeben.

Besatzung und Bevölkerung am Rhein

Kürzlich wurde von der „New York Times“ berichtet, daß General Guillaumat mit Bezug auf das Verhältnis zwischen der Besatzung und der deutschen Bevölkerung erklärt habe, daß die Bevölkerung traurig sein würde, wenn die französischen Soldaten das deutsche Gebiet verlassen hätten. Auch der „Temps“ gab über das Verhältnis zwischen den deutschen Bewohnern und französischen Besatzungsangehörigen eine ähnliche Darstellung, woraus geschlossen werden kann, daß hier ein- und dieselbe Quelle informiert hat.

Die „Trierische Landeszeitung“ nimmt diese Auslassungen zum Anlaß, um u. a. zu erklären: Wenn aus diesen Auslassungen von französischer Seite hervorzuheben scheint, daß die Besatzung von den Deutschen eher als Annehmlichkeit, denn als drückende Last empfunden würde, so steht das im Widerspruch zu den Tatsachen, zu den tausend Entschuldigungen aller möglichen Körperlichkeiten und Verbände, zu den nicht endenden Klagen in der rheinischen Presse. Die Möglichkeit, irgendeine rheinische Stelle könnte die Quelle solcher Unterstellungen gewesen sein, muß einfach verneint werden. Tatsächlich besteht noch nach 10jähriger Besetzung überhaupt kein Verhältnis, keine Beziehung zwischen beiden. Man bleibt sich vielmehr fremd und geht aneinander vorbei wie am ersten Tage. Dieser Abstand besteht auch zwischen den deutschen und den französischen Zivilpersonen, die sich im Gefolge der Besatzung befinden, eine Tatsache, die um so auffälliger ist, als sie eben nur im besetzten Gebiet in die Erscheinung tritt und sich damit ohne weiteres als Folgeerscheinung der militärischen Besetzung kennzeichnet.

Mosellkanalisierung von Metz bis Diedenhofen

Der seit vielen Jahrzehnten geplante weitere Ausbau der Mosellkanalisierung soll demnach auf der Teilstrecke Metz-Diedenhofen verwirklicht werden. Der Präsident der französischen Republik hat jetzt ein Dekret unterzeichnet, das die Abmachung zwischen dem Minister der öffentlichen Arbeiten und der „Vereinigung für die Mosellkanalisierung“ genehmigt. Die Arbeiten für die Teilkanaalisierung werden unverzüglich in Angriff genommen und schon in Kürze der erste Spatenstich getan werden können.

Die Vereinigung für die Mosellkanalisierung setzt sich zusammen aus den Städten Metz und Diedenhofen, der Handelskammer und dem Generalrat des Moseldepartements sowie dem Schwerindustrieverband Lothringens. Der Kanal soll in einem derartigen Ausmaße hergestellt werden, daß die Schifffahrt für Schiffe mit einer Ladung von 350 Tonnen ermöglicht wird, und in einer Breite, die auf der ganzen Strecke das Nebeneinanderfahren zweier Schiffe ermöglicht. Gleichzeitig sollen schon heute Vorleistungen getroffen werden, um später Schiffe von 1200 Tonnen Durchlaß zu gewähren. Das großzügige Projekt, das für die damit der Schifffahrt zu erschießenden Gebiete große Vorteile bringen soll, sieht später eine Fortsetzung des Kanals bis zur deutschen Grenze vor, und damit dürfte dann auch das schon oft erwähnte Projekt der Mosel auf der deutschen Seite bald wieder aufleben.

Die Lehmann-Bank liquidiert. Zum 25. September ist laut „V. Z.“ eine Generalversammlung des Berliner Bankvereins einberufen worden, die über die Liquidation dieses Instituts formell beschließen soll. Es handelt sich hier um die Bank, deren Majorität Kapitän Lehmann seinerzeit für das Reichswehrministerium erhobene hat. Die Verluste, für dieses Unternehmen, das dem Reiche schon beträchtliche Verluste gebracht hat und wohl noch bringen wird, einen Interessenten zu finden, sind nun, wie das Blatt bemerkt, offenbar als aussichtslos aufgegeben worden.

Gründung einer Christlichsozialen Volkspartei in Lothringen. In Ostlothringen hat sich unter dem Namen „Christlichsoziale Volkspartei“ eine streng katholische regionalistische Gruppe gebildet, die sich bereits an den kommenden Generalratswahlen beteiligen will. Diese Parteigründung bezieht endgültig die Spaltung der lothringischen Katholiken, die bis kurz vor den Wahlen im April 1928 noch, geeint in der „Union républicaine lorraine“ als die unbestreitbar stärkste lothringische Gruppe galt.

Auslandsdirekte Schiffschereis. Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Schiffschereis, ist, wie aus Moskau gemeldet wird, mit einem dreimonatigen Urlaub zur Kur ins Ausland abgereist.

Der Wiederaufbau der deutschen Milchwirtschaft

Am Durchschnitt der letzten fünf Jahre vor dem Kriege betrug die Zahl der Milchkuhe in Deutschland etwa 10 400 000 Stück. Im Jahre 1918 zählte man, wie die Halbmonatsschrift „Ernährungswirtschaft“ (Verlag Carl Schmalefeldt, G. m. b. H.) in ihrer Nummer 16, vom 15. August, mitteilt, in dem gleichen Gebiet nur noch 8,5 Millionen Milchkuhe. Der Rückgang der Milchleistungen war noch größer. Der jährliche Durchschnittsertrag pro Kuh lag vor dem Kriege zwischen 200 und 2200 Liter. Im Jahre 1918 war der jährliche Milchertag pro Kuh auf 1300 herabgesunken.

Bei der Viehzählung am 1. Dezember 1927 zählte man im neuen Reichsgebiet 10 272 000 Milchkuhe, was ungefähr der Dichte der Vorkriegszeit im alten Reichsgebiet entspricht. Der Jahresdurchschnittsertrag der Milchkuhe ist auf die ungefähre Vorkriegeshöhe wieder gekommen, hat sie sogar in manchen Gebieten des Reichs sicher überstiegen. Wenn man annimmt, daß der durchschnittliche Milchpreis 20 Pf. pro Liter beträgt, so bringen die rund 10 Millionen Milchkuhe in Deutschland einen jährlichen Produktionswert von vier Milliarden Reichsmark hervor. Der jährliche Produktionswert der gesamten deutschen Landwirtschaft beträgt ungefähr 16 Milliarden Reichsmark, so daß der Wert der deutschen Milchproduktion allein den vierten Teil des Gesamtproduktionswertes der deutschen Landwirtschaft ausmacht.

Politik und Verbrechertum in Chicago

Chicago genießt den üblen Ruf, die Stadt zu sein, die in der ganzen zivilisierten Welt die meisten Verbrechen gegen Leib und Leben zu verzeichnen hat. In den beiden Jahren 1926 und 1927 sind in ihrem Verwaltungsbezirk nicht weniger als 760 Menschen ermordet worden und mehr als ein Drittel von diesen Fällen hat die Polizei nicht auflären können. Von dem verbleibenden Rest ist bei einem Fünftel eine Verurteilung erreicht worden, Todesurteile erfolgten in zehn Fällen. Die Ziffer der in den beiden Jahren auf gewalttätige Weise ums Leben gekommenen betrug 1438, einschließlich der fahrlässigen Tötungen durch Kraftwagen, der 23 Totschläge aus berechtigter Notwehr und der 89 Personen, die durch Polizeibeamte erschossen worden sind. Diese letzteren Fälle sind ohne weitere Untersuchung alle als gefällig berechtigt angenommen worden.

Bei Bandenüberfällen sind 130 Menschen getötet worden. Entweder handelt es sich dabei um Verbrechen aus politischen Ursachen, oder um Zusammenstöße zwischen Spritschmugglern oder Verbrecherbanden, die einander feindselig gegenüberstehen. 104 dieser Fälle wurden nie aufgeklärt, und es fanden weder Verhaftungen noch befriedliche Maßnahmen nach dieser Richtung hin statt. In den restlichen 26 Fällen sind zwar 64 Personen festgenommen und unter Anklage gestellt worden, aber nur 16 davon stellte man vor den Richter.

Gegen den Bürgermeister Chicagos, Thompson, und den Staatsanwalt des Bezirks, Crowe, wird der Vorwurf erhoben, sie hätten die Verfolgung der Schuldigen lässig, oder gar nicht betrieben, weil ein großer Prozentsatz dieser Verbrecher sich politisch im Interesse der beiden betätigt habe. Bei verschiedenen Wahlen sei durch diese Übeltäter ein Schreckenregiment gegen Andersdenkende ausgeübt worden. Tatsächlich wurden bei diesen Gelegenheiten verschiedene Leute umgebracht. 18 Wahlprüfer der Gegenpartei hat man während des Wahlgeschäfts gewaltsam entführt und bis nach beendeter Wahl gefangen gehalten. Die Wahlergebnisse sind teilweise gefälscht worden und gegen die Häuser des Senators Deneen und des Richters Swanson, zweier politischer Gegner der Thompson-Crowe-Partei, wurden Bombenanschläge verübt.

Nunmehr hat sich ein Ausschuss gebildet, der sich die Aufgabe stellt, auf eigene Faust allen Verbrechen nachzugehen und die Täter vor den Obersten Gerichtshof zu stellen, wo der Einfluß der beiden Beschuldigten ausgeschloffen ist. In vielen Fällen ist diese Absicht schon erreicht worden. Man hofft, daß Vizepräsident Dawes, der selbst Bürger Chicagos ist, den Vorsitz in dem Ausschuss übernehmen wird.

Kurze Nachrichten

Polizeilich verhaftete italienische Millionäre. Die römischen Wälder melden aus Bitonto in Apulien, daß dort drei Millionäre offiziell polizeilich ermahnt bzw. verwahrt worden sind, weil sie sich den Direktiven der Regierung entgegenstellten, insbesondere weil sie sich der Beteiligung an den Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entgegen setzten.

Italien baut ein neues Luftschiff. Wie die römischen Zeitungen mitteilen, ist ein neues Luftschiff vom Typ der „Italia“ in den Werkstätten des Staates im Bau. Die in der letzten Zeit gemachten Erfahrungen sollen jedoch in Betracht gezogen werden. Das Luftschiff ist für einen fremden Staat bestimmt.

Italien verweigert Koffi. Die italienischen Zeitungen stellen die in der ausländischen Presse erschienenen Meldungen in Abrede, wonach Cesare Koffi einer der Gründer der faschistischen Partei gewesen sei. Koffi habe in der Partei nur eine untergeordnete Rolle gespielt. — Er hatte den Koffen eines Kressengeschäfts beim Ministerium des Innern inne.

Ausführung für zwei amerikanische Marineflugzeuge. In Washington wurde das Ergebnis der Ausschreibungen des Marine-Departements für den Bau zweier leistungsfähiger Luftschiffe vom Japelin-Typ bekanntgegeben. Die Goodhear Japelin Co. in Akron, die drei Entwürfe eingereicht hatte, erhielt mit 91,9 die höchste Punktzahl. An zweiter Stelle folgt die Berliner Firma Schütte.

Ablehnung der Prohibition in Australien. Die Anhänger der Prohibition haben bei der Volksabstimmung, die in New-Südwales abgehalten wurde, eine vernichtende Niederlage erlitten. Nicht in einem einzigen der 90 abstimmbaren Bezirke ist eine Mehrheit für die Prohibition erreicht worden. Auch im Distrikt Canberra, der bisher „trocken“ war, hat sich eine dreifache Majorität der Prohibitionsgegner herausgebildet.

Der Eucharistische Kongress in Sidney (Australien) ist am Mittwoch unter großen Feierlichkeiten mit der Zerlegung einer päpstlichen Bulle offiziell eröffnet worden. Die Arbeiten des Kongresses wurden durch ein Pontifikalamt eröffnet, das der päpstliche Legat Kardinal Ceretti in der St. Marien-Kathedrale zelebrierte. 50 000 Personen, die zum größten Teil vor der Kathedrale stehen mußten, wohnten der Feierlichkeit bei.

Der Sternhimmel. Von Prof. Dr. J. Pfahmann. Mit 59 Abbildungen und 5 Tafeln sowie einem Umschlagbild. Verlag & Klags Volksbücher Bd. 169. (Verlag von Volkshagen & Klasing in Bielefeld und Leipzig.) Preis 3 RM. — Hier wird in Verbindung mit zahlreichen, den Text belebenden Abbildungen eine Darstellung des astronomischen Geschehens gegeben. Der Verfasser ist weit davon entfernt, in dozierender Form uralte Weisheit zu vermitteln, vielmehr ist sein Wort von der unvergänglichen Lebendigkeit und der ewigen Schönheit seines Stoffes getragen.

Badischer Teil

Die Tagung des Reichsstädtebundes in Heidelberg

Der Reichsstädtebund, die Spitzenorganisation der Klein- und Mittelstädte des gesamten Reichsgebietes, dem z. Z. über 1500 Städte mit fast 10 Millionen Einwohnern angehören, hält vom 5. bis 7. Sept. in Heidelberg seine 18. ordentliche Mitgliederversammlung ab, bei der am heutigen Donnerstag und morgen Freitag bekannte Persönlichkeiten bedeutende kommunalpolitische Vorträge halten werden. Über 1600 Teilnehmer (in der Hauptstadt Bürgermeister, Stadträte und Stadtverordnete) und offizielle Gäste werden zu der Tagung mit etwa 500 Damen in Heidelberg.

Der Mittwochabend war der Begrüßung der Gäste gewidmet. Im Saale der Stadthalle bemerkte man u. a. Vertreter der Reichs- und preussischen Ministerien, den badischen Staatspräsidenten Dr. Kemmle, den Finanzminister Schmitt, Justizminister Traut, Landeskommissar Seipold, Mannheim, vom bayerischen Ministerium des Innern Regierungsrat Dr. Vohl, München, und Vertreter vieler anderer Behörden. Der badische Städtebund und Städteverband waren durch Geh. Rat Timme, Karlsruhe, und Dr. Ketterer, Karlsruhe, vertreten. Der hessische und der württembergische Stadttag waren durch Delegierte vertreten, auch viele Parlamentarier waren zugegen. Oberbürgermeister Prof. Dr. Wals bewillkommnete als Vertreter der Stadt die Teilnehmer, ebenso Oberbürgermeister Dr. Renner, Rastatt, als Vertreter des Badischen Städtebundes. Als Vertreter der Universität Heidelberg sprach Geh. Regierungsrat Lauer, Oberbürgermeister Dr. Bellan, Gießen, übermittelte den Dank des Gesamtverbandes des Deutschen Städtebundes an die Ehrengäste, die Vertreter der Reichs- und Staatsministerien und der Verbände, sowie an die Presse. Dr. Bellan sprach von dem „Rustertüde Baden“, das vielfach voraus war und von dem heute noch viel zu lernen sei. Der Redner gedachte der Brüder im besetzten Gebiet, ermahnte sie zum Aushalten bis zum Tage der Freiheit und schloß mit einem Hoch auf das Land Baden und Alt-Heidelberg.

Mittwoch vormittag tagte der Gesamtvorstand, am Nachmittag der Hauptauschuss des Reichsstädtebundes. Es kam die Erhaltung der örtlichen Selbstverwaltung zur Beratung, die heute in einer Entscheidung ihren Niederschlag finden soll.

Der Geschäftsführer des Reichsstädtebundes legte am Mittwoch am Grabe des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert einen prächtigen Kranz nieder, wobei der Bundespräsident, Oberbürgermeister Dr. Bellan, darauf hinwies, daß die Vertreter der deutschen Klein- und Mittelstädte an der letzten Ruhestätte des Mannes ständen, der unser Volk aus dem Schrecken des Bürgerkrieges zur friedlichen Arbeit, aus dem Chaos zu festen Rechtszuständen geführt hätte. Die deutschen Städte hätten allen Anlaß, dafür dem ersten Präsidenten der deutschen Republik zu danken. Zum äußeren Zeichen der Dankbarkeit und Verehrung lege er namens des Reichsstädtebundes diesen Kranz nieder.

Aufhebung des Sichtvermerkszwanges im Verhältnis zu Italien

Zwischen der deutschen und der italienischen Regierung ist die Aufhebung des Sichtvermerkszwanges für die beiderseitigen Staatsangehörigen mit Wirkung vom 15. September 1928 vereinbart worden. Bei dieser Gelegenheit wird zur Behebung von Zweifeln, die nach Berichten der Grenzübergangsstellen vielfach noch bei dem reisenden Publikum zu bestehen scheinen, erneut darauf hingewiesen, daß die Aufhebung des Sichtvermerkszwanges in fernem Maße auch die Befreiung des Passzwanges bedeutet. Die Mitführung eines Reisepasses ist bei Auslandsreisen unerlässlich. Reisende ohne Pässe müssen nach den geltenden Vorschriften an der Grenze zurückgewiesen werden.

Gemeinde-Rundschau

Die Pfingstverlegung. Der Bürgerausschuss Durlach hatte sich mit einem Nachspiel zur Pfingstverlegung zu befassen. Vor zwei Jahren hatte er die Verlegung der Pfingst als große Poststandsarbeit mit einem Kostenaufwand von 430 000 RM beschlossen. Bei Inangriffnahme der Arbeiten zeigte sich aber die Notwendigkeit, die zu regulierende Strecke zu verlängern mit einem Kostenaufwand von weiteren 71 000 RM, über den vom Bürgerausschuss genehmigter Kredit hinaus. Wegen dieses Mehrbetrags entspannen sich langwierige Verhandlungen zwischen der Stadt und dem Unternehmer. Ein Schiedsgericht verurteilte die Stadt zur Nachzahlung von rund 61 000 Reichsmark. Ein späterer Vergleichstermin setzte diese Summe auf 45 000 RM herab. Der Bürgerausschuss gab hierzu die Genehmigung.

Der Bezirksfürsorgeverband Lahr-Land hatte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Kostenumfang von über 1,1 Millionen Reichsmark. Die Bruttoeinnahmen einschließlich Zuschüssen beliefen sich auf etwa 642 000 Pf., die Gesamtausgaben auf etwa 547 000 RM. Zu Beginn des Geschäftsjahres bestanden 113 Amisboormundschäften, 158 Pflanzgärten und untergebracht. Sehr umfangreich war die Fürsorge für die Sozial- und Kleintierzucht.

Die Sparanlagen in Freiburg i. Br. Der Stand der reinen Sparanlagen der öffentlichen Sparkasse Freiburg i. Br. (Stadt, Sparkasse) auf 1. September 1928 stellt sich auf 15 276 093 RM, im August 1928 wurden einbezahlt 1 193 890 Reichsmark und rückerhoben 717 761 RM, daher Vermehrung im Monat August 1928 475 629 RM. Im August wurden 769 neue Sparbücher ausgestellt.

Stadtheaterrestaurant in Freiburg. Samstag vormittag wurde im Rahmen einer kleinen Feier in Freiburg das neue Stadttheater- und Terrassenrestaurant seiner Bestimmung übergeben. Hiermit ist einem in weiten Kreisen der Bevölkerung herrschenden Wunsch nach einem regelrechten Theaterrestaurantbetriebe, der bisher fehlte, Rechnung getragen. Man wird nicht nur während der Theaterpausen bzw. nach Schluß der Vorstellung die Möglichkeit haben, seinen Bedürfnissen entsprechend zu speisen, sondern das schon gelegene Terrassenrestaurant wird auch besonders während der Nachmittagsstunden zur Kaffezeit einen angenehmen Aufenthalt bieten.

Der Bürgerausschuss Schönenbach (bei Donaueschingen) genehmigte mit 34 gegen 12 Stimmen den Vorschlag, für die Neuanschaffung der Kirchenglocken wurden 2000 RM bewilligt. Ein Fehlbetrag von 20 286 RM soll durch folgende Umlagefäße für je 100 RM Steuerwert gedeckt werden: 50 Pf. des Grundvermögens, 20 Pf. des Betriebsvermögens und 300 Pf. vom Gewerbeertrag.

Eingemeindungsverhandlung Rhina-Kleinlautenburg. Gegenwärtig schweben Verhandlungen um eine Eingemeindung von Rhina nach Kleinlautenburg zu erzielen. In letzter Minute trat auch noch die Gemeinde Murg auf den Plan mit der Begründung, daß Rhina besser zu Murg als zu Kleinlautenburg passe.

Freiburger Fremdenverkehr. Im Monat August haben in Freiburg über 21 300 Fremde übernachtet. Die Zahl des vorjährigen August belief sich auf 19 300. Von den Ausländern waren besonders stark vertreten: die Vereinigten Staaten, England, Holland und die Schweiz.

Bürgermeisterwahlen. In Balsfeld und Vornberg bei Wiesloch waren der dritte Wahlgang der Bürgermeisterwahlen ergebnislos. Es werden in beiden Gemeinden jetzt kommissarische Bürgermeister eingesetzt.

Vom Kehler Krankenhaus. Die neuen von Prof. Allen, Karlsruhe, vorgelegten Pläne für den Erweiterungsbau des Krankenhauses Kehl sind vom Gemeinderat nunmehr genehmigt worden. Mit den Arbeiten soll im nächsten Frühjahr begonnen werden. Man wünscht, daß man den Erweiterungsbau im Herbst nächsten Jahres beziehen kann. Auch mit dem Erweiterungsbau der Oberrealschule soll baldmöglichst begonnen werden.

Erweiterung des Gaswerks Singen a. S. Die vor noch nicht ganz drei Jahren erzielte Kammerngasanlage des Gaswerks Singen muß bereits eine Erweiterung erfahren. Mit den Arbeiten soll im nächsten Monat begonnen werden. Auch der Fassungsraum des Gasbehälters soll verdoppelt werden. Der Anschluß der Stadt Überlingen an das Singener Gaswerk hat zu diesen Erweiterungsarbeiten mit beigetragen.

Schulhaufwendungen in Triberg. Der Voranschlag für 1928/29 gibt einen Einblick in die großen Schullasten der Stadgemeinden. Triberg trendet für die Volksschule auf 17 700 RM, während nur 1800 RM hereinkommen, die Realschule verlangt fast 40 000 RM bei 12 000 RM Einnahme. Gewerbeschule und Handelsschule haben in Ausgaben 11 500 und 6500 RM Ausgaben, denen an Einnahmen 2230 und 1150 RM gegenüberstehen. Die Totalausgaben für alle Schulen stellen sich auf 75 700 RM, von denen 17 250 RM durch Einnahmen gedeckt sind. Der Zuschuß beträgt demnach 58 450 RM.

Erweiterung der Wasserleitung in Triberg. Dem Bürgerausschuss Triberg ist außer dem Voranschlag auch eine Vorlage um Bewilligung eines Kredits zur Erweiterung der Wasserleitung zugegangen. Die infolge der Trockenheit eingetretene Wassermangel hat eine Erweiterung der städtischen Wasserwerkungsanlage dringend notwendig gemacht. Das im Jahre 1926/27 errichtete Ausgleichsreservoir genügt bei dem gesteigerten Wasserbedarf nicht mehr. Es wurden im Laufe des Jahres zwei weitere Quellen zur Ausbeutung erworben. Der Kostenbetrag für Kauf und Anschluß beider Quellen beläuft sich auf 15 000 RM.

Singen hat rund 14 000 Einwohner. Gegenüber der Volkszählung am 16. Juni 1925 mit 11 430 Einwohnern hat jetzt Singen Ende August 1928 rund 14 000 Einwohner zu verzeichnen.

Sturm im Gemeinderat Singen (bei Vörrach). Bei der letzten Gemeinderatssitzung in Singen arteten die Beratungen in eine allgemeine Prügel- und Raufzucht aus, in deren Verlauf sich die Mitglieder im Rathaus gegenseitig mit Stühlen und Häuften bearbeiteten. Den Grund zu dieser erregten Aussprache bildete ein Gemeinderatsbeschlusse, wonach nach Schließung der Nebberge diese an Wittwoden und Samstagen geöffnet sein sollten. Mit diesem Beschlusse waren einige Gemeinderatsmitglieder nicht einverstanden und versuchten, ihre Meinung handgreiflich durchzubringen.

Der Bürgerausschuss Konstanz hat den Darlehensvertrag zwischen der Stadt Konstanz und der Badischen Staatsgüldenverwaltung in Karlsruhe über einen Kredit von 100 000 Reichsmark zur Fertigstellung der Kraftwagenfähre Konstanz — Meersburg mit großer Mehrheit genehmigt, desgleichen den Betrag von etwa 28 500 RM für die Kanalisation der Mainaustraße in Altmamsdorf.

Groß- und Mittelstädte in Deutschland. Die amtliche deutsche Statistik unterscheidet vier Größenklassen unter den städtischen Gemeinden, und zwar die Landstädte mit 2 bis 5000 Einwohnern, die Kleinstädte mit 5 bis 20 000 Einwohnern, die Mittelstädte mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern und die Großstädte mit 100 000 und mehr Einwohnern. Nach dieser Statistik zählt man heute in Deutschland 47 Großstädte, 194 Mittelstädte, während die übrigen Städte unter den Begriff der Klein- und Landstädte fallen.

Wohnungsbauprogramm für Frankfurt a. M. Die Stadtverordnetenversammlung Frankfurt a. M. stimmte einem Bauprogramm zu, das für die nächsten vier Jahre 16 000 neue Wohnungen vorsieht. Die Kosten belaufen sich auf 160 Millionen Reichsmark.

Sportärztliche Beratungen

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage der sportärztlichen Beratungsstellen befaßt. Er ist der Auffassung, daß die Einrichtung solcher Beratungsstellen in den Städten dringend notwendig ist. Zu ihrer Leitung brauchen keineswegs stets hauptamtlich tätige Sportärzte angestellt zu werden, es genügen durchaus nebenamtliche Ärzte. Wenn auch grundsätzlich die Vereine die Kosten der Beratungsstelle tragen müssen, so sollten doch die Städte kleinere Beiträge in ihren Etat für die Unterhaltung der sportärztlichen Beratungsstellen einstellen, vielleich in der Form eines Garantiefonds, für den Fall, daß finanziell besonders schlecht gestellte Vereine sich an den Kosten nicht beteiligen können. Die Versicherungsträger werden zur Gewährung von Zuschüssen herangezogen sein. Das preussische Ministerium für Volkswohlfahrt verfügt über einen Fonds, aus dem Zuschüsse für die Einrichtung von sportärztlichen Beratungsstellen gewährt werden können. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hält es ferner für dringend erwünscht, daß Kommunalärzte, insbesondere Schulärzte, an sportärztlichen Beratungen teilnehmen. Er hat den Städten empfohlen, den Ärzten die Teilnahme an Sportlehrgängen zu ermöglichen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	6. Sept.		5. Sept.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.12	168.46	168.11	168.45
Kopenhagen 100 Kr.	111.86	112.08	111.86	112.08
Italien . . . 100 L.	21.955	21.995	21.955	21.995
London . . . 1 Pf.	20.344	20.384	20.344	20.384
New York . . . 1 D.	4.1920	4.2000	4.1930	4.2010
Paris . . . 100 Fr.	16.365	16.405	16.37	16.41
Schweiz . . . 100 Fr.	80.73	80.84	80.715	80.875
Wien 100 Schilling	59.07	59.19	59.075	59.195
Prag . . . 100 Kr.	12.425	12.445	12.423	12.443

Zahlungsschwierigkeiten der Schwarzwaldbörse Lang G. m. b. H., Mannheim. Mittwoch morgen wurde in Mannheim gerichtlich bekannt, daß die Schwarzwaldbörse Lang G. m. b. H. ihre Zahlungen eingestellt haben. Auf Anfrage an zuständigen Stelle erfährt WZB, daß am Dienstag die ersten Wechsel zu Protest gegangen sein sollen. Die Verwaltung erstrebt ein Moratorium und hofft, bei ruhiger Abwicklung ihre Gläubiger mit 100 Proz. befriedigen zu können.

Aus der Landeshauptstadt

Tierquälerei und Öffentlichkeit

Vom Tierquälverein Karlsruhe wird uns geschrieben: In Darglanden stieß ein Bursche eine halbwüchsige Kacke in einem Sack ins Wasser. Die Kacke rettete sich an das Ufer und wurde wieder hineingestoßen unter dem Gejohle der umstehenden Kinder, auch Frauen schauten zu. Ein einziger Mann aus Karlsruhe, der einschreiten wollte, wurde mit Krügen bedroht. Es gelang ihm dann doch schließlich, die Kacke zu retten und mitzunehmen. Es ist einleuchtend, ob der Bursche den Auftrag hatte, die Kacke wegzuschaffen, oder ob er es aus eigenem Antrieb tat. Keine von den zuschauenden Frauen sagte etwas. Wie muß ein solches Vorbild auf ihre Kinder wirken? Der Vorgang ist eine von den vielen, täglich vorkommenden Tierquälereien, die kaum beachtet werden, ob es sich um ein Pferd handelt, das vom Fuhrmann mit Fußtritt auf den Bauch bedacht wird, wenn es nicht gleich stille steht, oder ob es sich um einen „Hundfreund“ handelt, der seinen armen Vierbeiner immer wieder in das Wasser springen läßt, obwohl es diesem garnicht darum ist. Es gibt ja auch unter den Hund wasserscheue Geschöpfe.

Wie oft wurde schon darauf hingewiesen, daß auch in den Bororten und in kleinen Gemeinden Tötungsapparate für Kleintiere, Hunde und Katzen, aufgestellt werden sollten. Auch Geflügelquälereien, wie sie in der Schweiz verwendet werden, wären am Platze; die geschliche Durchführung des Gebrauchs der Volgerschußapparate bei Hausflachtungen sollte nicht länger auf sich warten lassen.

Die Tierquälereien mit ihren wenigen Mitgliedern sind nicht in der Lage, aus eigenen Mitteln Tötungsapparate für Kleintiere aufzustellen. In England, in Frankreich und in der Schweiz sieht man überall Plakate: „Helft den Tieren“, „Trennt Eure Tiere“, „Dah! Eure Tiere schmerzlos töten, wenn die Notwendigkeit vorliegt“ usw. Heimatschutz, Pflanzenschutz und Tierschutzbewegung sollten auch bei uns Hand in Hand gehen. Es handelt sich beim Tierschutz ja nicht nur um den Schutz der Vogelwelt — die Finken kommen jetzt schon wieder in die Vorgärten —, um die Aufnahme einer scheuen, ausgehungerten Kacke, sondern auch um die Aufklärung über die Art und Behandlung der Tiere. Würden die Kinder schon in der Schule immer und immer wieder auf Tierschutz und Zweck des Daseins der Tiere hingewiesen, könnte es nicht geschehen, daß ein paar Landwirte die Schwänze ihrer braven Aldergäule auf das große Fest eines Reitervereins in einem Borort kupieren lassen und sich jetzt verwundern, daß die ruhigen Pferde auf dem Ader nimmer stille stehen und mit den Beinen sich schlagen, weil sie mit dem Schwanzstummel die Fliegen nicht abwehren können, ganz abgesehen von dem Schmerz, den das Kupieren verursacht.

Der Kampf gegen die „Knatterer“. Die neuen polizeilichen Vorschriften für den Straßenverkehr, die bekanntlich auch Polizeistrafen einschließen, haben hier bereits zur polizeilichen Beschlagnahme von fünf Kraftwagen geführt, deren Maschinen untersucht werden sollen. Die „Knatterer“ werden von diesem forschigen Vorgehen der Polizei, das aber durchaus begründet ist, nicht sehr erbaut sein.

Die Revue Neubach im Colosseum. Revue ist Trumps! — Revue ist große Mode! Mit dieser Sentenz gibt Herr Neubach seiner Revue „Ohne Kleid — tut mir leid“ ein Geleit- und Vorwort. Und er hat recht. Der gute Besuch des Colosseums beweist, daß die Revue immer wieder ihre Anziehungskraft ausübt und das Publikum sich immer gerne wieder ihrem Zauber, ihrem Rausch froher Farben und ihrem Humor hingibt, um einige anregende Stunden zu verbringen. Herr Neubach sei das Kompliment gemacht, daß er uns den anmutigen weiblichen Teil seines Ensembles in durchweg tadellosen Figuren vorführt. Die bildschönen Verolima-Girls erfreuen durch ihre Eleganz u. Geziertheit ihrer Vorführungen. Die Tanztechnik von Dobby Dellison steht auf hoher Stufe

von Kultur und Training. Ihre Darbietungen erfahren noch eine Steigerung durch feuriges Temperament und ausdrucksvolle Mimik. Musik und Tanz in diesen Vorführungen klappten vorzüglich. Pitant, kokett und schalkhaft ist die Soubrette Paula Moser, sie tritt angenehm in ihren Schauluststellungen in den Vordergrund. Ihr bester Schläger ist das Bild 25, „Frau Papi — sagen Sie“, wobei ihr in Heinz Trechow ein ausgezeichneter Partner zur Seite steht. Auch der männliche Teil der Revue ist gut in Form. Voll Furchheit und Passion im Tanz, mit Wit und Humor versteht er es, die Rachmuskel des Publikums ständig in Bewegung zu halten. Heinz Trechow schießt mit seinem trockenen Berliner Humor unzweifelhaft den Vogel ab. Fast zu schnell rauschen die 28 Bilder der Revue an dem Auge vorüber. Aber wenn einzelne Darbietungen unsere Sinne besonders erfreuen, so darf „die Spieluhr“, gelungen von Paula Moser, nicht unerwähnt bleiben. Diese Vorführung ist geradezu reizend. Kaufender und langanhaltender Beifall gibt Herr Neubach, seinen Damen und Herren die Gewißheit, einen durchschlagenden Erfolg erzielt zu haben. Das Publikum ist ihm dankbar, einige Stunden seiner heiteren Muse gelauscht zu haben und wird seine reizenden Darbietungen so bald nicht vergessen.

Billige Plakate im Badischen Landestheater. Die Jahresplakate bieten neben dem Vorteil der großen Billigkeit — vorausgesetzt, daß sie für das ganze Spieljahr, also noch vor Beginn desselben für 30 Vorstellungen abgeschlossen sind — noch eine Reihe anderer Vergünstigungen, so bei Vorstellungen außer Miete das Vorrecht auf den gemieteten Platz oder einen gleichwertigen, falls der gemietete Platz von dem Mieter einer anderen Abteilung gelöst wird, ferner eine Preisermäßigung bei Vorstellungen außer Miete, besonders bei Gastspielen usw., dazu die Möglichkeit des Umtausches des gemieteten Platzes gegen eine andere Aufführung desselben Werks in einer anderen Abteilung im Falle der Verhinderung des Mieters am Besuch der auf ihn entfallenden Vorstellung usw. Diese reichen Vorzüge, mit denen die Jahresplakate bei ihrer Neuorganisation ausgestattet worden sind, dürften noch zu einer weiteren Vermehrung der Plakatierte beitragen.

Jubiläum beim Badischen Landestheater. Am 1. September d. J. begingen die Kammermusiker Otto Hubl und Max Nüßmann ihr 40jähriges Dienstjubiläum. Neben vielen Ehrungen wurde ihnen auch ein Glückwunschschreiben des Staatspräsidenten zuteil. Zur selben Zeit konnten Konzertmeister Paul Trautwetter und Chorleiter Franz Großmann auf eine 25jährige Künstlerlaufbahn zurückblicken.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die Erwartung hat gestern weitere Fortschritte gemacht. In der Rheinebene wurden bis zu 26 Grad als Maximum erreicht, auf dem Feldberg noch 19 Grad. Auch heute morgen ist es erheblich wärmer geworden als gestern: In Sachsen und Schlesien beträgt die heutige Frühtemperatur um 8 Uhr über 20 Grad, in der Rheinebene bis zu 19 Grad. Ein Randwirbel der im Norden vorüberziehenden Zykone hat sich abgelöst und liegt heute über der Nordsee. Einzelne Ausläufer dieses Teiltiefs erstrecken sich nach Süden auf das Festland, so daß in Frankreich und Westdeutschland strichweise Bewölkung aufgetreten ist. Eine nachhaltige Verschlechterung wird jedoch vorerst nicht zu erwarten sein, da im Westen der Druck wieder kräftig steigt. Wetterausichten für Freitag: zeitweise heiter, vorwiegend trocken und etwas kühler. Im Süden noch vorübergehend wolkig.

87. Geburtstag der Tochter des Komponisten Schumann. Die seit Jahren in Interlaken wohnende älteste Tochter des berühmten Komponisten Robert Schumann feierte am Samstag in geistiger und körperlicher Frische ihren 87. Geburtstag.

Kurze Nachrichten aus Baden

5. Sept. Mannheim, 5. Sept. Heute wurde in Mannheim eine Reue im Automobilwesen vorgeführt, und zwar die Halbflachfelge „Deering“ (Eigent. Michelin). Während das erste Experiment, das Plagen des Schlaufes in voller Fahrt, glückte, überflieg sich beim zweiten Male in einer Kurve der Wagen. Der Fahrer, ein Franzose, der ein 70 Kilometertempo angeschlagen hatte, hing wie leblos in seinem Sitz. Er wurde ins Krankenhaus geschafft, wo er an einem komplizierten Schädelbruch hoffnungslos daniederliegt.

5. Sept. Bruchsal, 6. Sept. (Tel.) Heute vormittag gegen 11 Uhr mußte ein von Karlsruhe kommendes Privatflugzeug „Albatros D 1843“, das nach Köln fliegen wollte, bei dem Nachbarort Weiher notlanden. Dabei wurde das Flugzeug ziemlich beschädigt, so daß es abmontiert werden muß. Der das Flugzeug selbst steuernde Besizer erlitt eine Gesichtverletzung, eine mitfahrende Dame einen Ohnmachtsanfall.

5. Sept. Offenburg, 5. Sept. Die diesjährige Ortenauer Herbstmesse findet vom 29. Sept. bis 2. Oktober statt. Das Hauptstück bildet die Traubenschau der Ortenau. Daneben wird aber auch eine Obstausstellung stattfinden.

5. Sept. Die Straßburger haben Angst vor einer zu günstigen Entwicklung des Reher Safens, das ist die neueste Feststellung, die man machen kann! Der Gemeinderat von Straßburg hat nämlich einer Entschließung zugestimmt, die im Interesse der Einrichtung des elektrischen Schiffszuges auf dem Rhein-Neckar- und dem Hünninger Kanal die Befestigung einer während des Krieges erbauten Eisenbahnbrücke der Strecke Rankenheim-Haberhausen fordert. In der Entschließung wird dabei ausdrücklich betont, daß die Einrichtung des elektrischen Schiffszuges dringend nötig sei „zur Abwehr der neu entstehenden Konkurrenz des Reher Safens“.

5. Sept. Das Degauer Qualitätsfleisch aus den Musterfarmen, das seit etwa zwei Wochen beschickt wird, scheint sich sehr schnell den Markt zu erobern. Es gibt bereits in Stuttgart und im Schweizer Grenzgebiet hierfür Vorkaufnotizen.

5. Sept. In Baißingen auf den Fildern tritt seit einigen Tagen feuchtnarbig ein Magen- und Darmkatarrh auf. Der Verlauf der Krankheit bei den jetzt erkrankten 100 Personen weist auf das Vorhandensein von Paratyphus hin, gibt jedoch zu ersten Besorgnissen keinen Anlaß. Im Zusammenhang mit diesen Vorkäufen ist eine hiesige Wirtschaft und Metzgerei behördlich geschlossen worden, da vermutet wird, daß die Ursache auf den Genuss des aus dieser Metzgerei stammenden Fleisches zurückzuführen ist. Den erkrankten Personen geht es heute allen wieder gut.

Verschiedenes

Frauenmord im Zentrum Berlins

6. Sept. (Tel.) In der Inselstraße hatte man die 70 Jahre alte Hausverwalterin Marie Balbach unter verdächtigen Umständen tot aufgefunden. Die Mordkommission stellte leichte Krampfwunden am Hals und Wangen und blutunterlaufene Stellen an der Stirn, die von Schlägen herrühren können, fest. Die Zimmer befanden sich in ziemlicher Ordnung. Es wurde festgestellt, daß Frau Balbach schon einen Teil der Mieten einstellte, aber noch nicht abgeführt hatte. Der Gerichtsarzt gab ein vorläufiges Gutachten dahin ab, daß der Tod durch Erhängen eingetreten ist.

Die „Latham“ endgültig verloren

Nach einem Telegramm aus Tromsø hat der Admiral des Kreuzers „Strasbourg“, Heer, erklärt, daß der aufgefundene Schwimmer wirklich von der „Latham“ stammt. Es konnte festgestellt werden, daß der Schwimmer zum mindesten zwei Monate im Wasser gelegen hat.

Kleingarten = Ausstellung

Donnerstag, den 6. September 1928
billiger Eintrittstag
Erwachsene 30 Rpf. — Kinder frei

Öffnet von morgens
9 bis abends 10 Uhr

Die Ausstellungsleitung

VON DEUTSCHEN PARTEIEN

DEMOKRATISCHE PARTEI

Bäumer, Dr. Gertrud, Ministerialrat (Berlin), Grundlagen demokratischer Politik. IV, 95 Seiten. Brosch. 3 RM., Halbleinen 3,50 RM.

Inhalt: Die demokratische Idee. Die Machtheide der Demokratie. Macht, Masse und Freiheit. Demokratie und Liberalismus. Demokratie und Nation. Die demokratische Politik. Das Deutsche Reich nach dem Zusammenbruch. Demokratische Staatspolitik. Demokratische Wirtschaftspolitik. Demokratische Kulturpolitik.

ZENTRUM

Joos, Josef, Mitglied des Reichstags. Die politische Ideenwelt des Zentrums. IV, 79 Seiten. Preis Brosch. 2,50 RM., Halbleinen 3,50 RM.

Inhalt: Von den deutschen Parteien. Das Zentrum unter den deutschen Parteien. Vorkriegszeitliche Zentrumsprogramme. Die heutigen grundsätzlichen Richtlinien des Zentrums. Politische, nicht konfessionelle Partei. Organische Lebensauffassung und schöpferische Mitte. Konservativ-fortschrittlich. Republik und Demokratie. Zentrum und Sozialdemokratie. Deutsche Kulturpolitik. Politik nationaler Selbstbehauptung und europäischer Befriedung. Die Zentrumsparlei in Koalitionen.

DEUTSCHE VOLKSPARTEI

Rheinbaben, Rochus Frhr. v. Liberale Politik im neuen Reiche. IV, 65 Seiten. Brosch. 2 RM., Halbleinen 2,50 RM.

Inhalt: Liberalismus und Staatsform. Parteibildung des Liberalismus. Liberalismus und republikanische Verfassung. Wirtschaftspolitik. Sozialpolitik. Schulgesetzgebung. Auswärtige Politik.

Diese Bände sind die ersten einer neuen „Politischen Sonderreihe“ unserer Sammlung „Wissen u. Wirken“. In ihnen stellen bedeutende Vertreter der einzelnen Richtungen ihre politische Aufgaben und Ziele dar. Bei Subskription der ganzen Reihe wird eine Ermäßigung von 10% gewährt.

VERLAG G. BRAUN IN KARLSRUHE

G. BRAUN

(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag)
G. m. b. H.
Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14

fertigt
Drucksachen
aller Art

für Industrie, Handel, Behörden
und Private

Kurze Lieferfristen
Mäßige Preise

Ortspolizeiliche Vorschrift über den Verkauf von Zeitungen im Umherziehen in der Landeshauptstadt Karlsruhe an Werttagen.

Auf Grund des § 139 e Absatz 4 der Reichsgewerbeordnung in Verbindung mit § 9 der Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten vom 18. März 1919 wird mit Zustimmung des Stadtrats der Landeshauptstadt Karlsruhe und nach Vollziehungserklärung durch Erlass des Herrn Landeskommissärs vom 17. August 1928 die ortspolizeiliche Vorschrift vom 28. Januar 1927 durch nachfolgende ortspolizeiliche Vorschrift für die Landeshauptstadt Karlsruhe ersetzt:

§ 1.
Das Feilbieten von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen, oder an anderen öffentlichen Orten ist an Werttagen allgemein von 5 Uhr vormittags an auf den Bahnhöfen in Karlsruhe jedoch von 4 Uhr vormittags an gestattet.

§ 2.
Die in Ziffer VI Absatz 3 der Anordnung vom 20. April 1920, die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe in der Landeshauptstadt Karlsruhe betr., getroffene Regelung des Verkaufs von Druckschriften an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen wird hierdurch nicht berührt.

§ 3.
Zu widerhandlungen gegen diese Vorschrift werden gemäß § 146 a Reichsgewerbeordnung mit Geldstrafen bis zu 600 RM., im Unvermögensfall mit Haft bestraft. Karlsruhe, den 30. August 1928. O. J. 78

Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion.

N. 690. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Ernst Birtenmeier jr. in Karlsruhe, Viebigstraße 7, wird aufgehoben, nachdem auf sofortige Beschwerde des Gemeinschuldners die unterm 12. Juli 1928 verfügte Konkursöffnung rechtskräftig aufgehoben wurde.

Karlsruhe, 3. Sept. 1928. Geschäftsstelle des Badischen Amtsgerichts A.L. Sinsheim/Gsenz. N. 682 Güterrechtsregister Band I Seite 313: Specht, Karl, Elektromonteurmeister in Sinsheim, u. Elisabeth geb. Morano. Vertrag vom 16. August 1928. Allgemeine Gütergemeinschaft an Stelle der Gütertrennung. 30. August 1928. Amtsgericht.

Detektiv-Institut u. Privat-Auskunft „Argus“ Mannheim O. 6, 6 Platanen Mannheim 37905 A. Maier & Co., G. m. b. H.

Colosseum
Täglich abends 8 Uhr
Sonntags 4 und 8 Uhr
die
Berliner Neubach-
REVUE
Ohne Kleid —
tut mir leid!
30 Bilder
Prachtausstattung.
806